

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.,
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf., mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Stettin 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Haackstein & Vogler, G. L. Danne,
Johannsen & Co., Berlin. Bernh. Ernst, Max Gerhardt,
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Mies, Halle a. S.
J. L. Bock & Co., Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der türkisch-griechische Krieg.

Ueber die Ministerkrise in Athen wird vom
gestrigen Tage gemeldet:

Die Führer der Opposition begaben sich
heute, mit Vollmacht versehen, zum Palais
kommend, nach der Kammer, wo eine Verjam-
mung der Mitglieder der Opposition abgehalten
wurde. Die Führer entwarfen eine Minister-
liste, die drei von ihnen dem Könige unter-
breiteten. Da Delianis sich weigerte, seine
Entlassung zu nehmen, wird er wahrscheinlich
entlassen werden, wenn er nicht seinen Entschluß
noch ändert. Man spricht, daß Deligeorgis
Ministerpräsident werde. In seiner Unterredung
mit den Führern der Opposition stellte der
König als einzige Bedingung, daß Theotoki dem
Kabinet angehören müsse. Theotoki soll morgen
hier eintreffen. Das Kabinet soll heute im
Laufe des Tages zu Stande kommen, sich morgen
der Kammer vorstellen und folglich die Vertrauens-
frage stellen.

Ein weiteres Telegramm meldet:

Es wird als gewiß angegeben, daß in dem
neuen Kabinet Halli den Vortritt führen und die
Trilupis-Anhänger Theotoki, Simopulo, Stulubis,
Oberst Tamados, sowie die Unabhängigen
Karapanos und Deligeorgis die einzelnen
Portefeuilles übernehmen werden. Ferner wird
versichert, daß, sobald das Kabinet gebildet ist,
sich Halli mit dem Kriegsminister nach Paris be-
geben werde.

Von erheblichem Interesse erscheint es, daß
Österreich sich einer etwa von der griechischen
Flotte beabsichtigten Beschießung Salonichs mit
aller Entschiedenheit widersetzen wird; die
„Polit. Korr.“ meldet darüber aus Wien unterm
28. April:

Heute begab sich eine Deputation des
Sportklubs in das Ministerium des Meeres,
um die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes
auf die eventuellen Gefahren eines Bombardements
von Salonich für die österreichische Industrie
hinzuweisen. Die Deputation wurde vom ersten
Sektionschef Grafen Welfersheim empfangen.
Dieser gab der Ansicht Ausdruck, daß im Ein-
blicke auf schon gegebene Zusicherungen der
griechischen Regierung das Bombardement von
Salonich äußerst unwahrscheinlich sei. Der
Kommandant des vor Salonich liegenden öster-
reichisch-ungarischen Kriegsschiffes habe wohl in
erster Linie die Aufgabe, das bedrohte Leben
österreichischer Staatsangehöriger zu schützen, er
sei aber weiter für den Fall kriegerischer Unter-
nehmungen Griechenlands gegen Salonich dahin
instruct, den betreffenden griechischen Schiffe-
kommandanten auf die schweren Folgen auf-
merksam zu machen, welche ein Bombardement
Salonichs für Griechenland haben könnte.

Vom Korrespondenten der Kopenhagener
„Politiken“ wird aus Athen gemeldet: 28 Schiffe
sind mit Flüchtlingen aus Bosnien angekommen.
Der herrscht Ruhe, aber die Stimmung ist auch
jetzt äußerst bedrückend. Zwischen Tarnobos und
Karissa wurden zwei Korrespondenten getötet,
wie verlautet, ein Schwede und ein Holländer.
Das Dörschwader hat die türkische Depots
überall an der Küste vernichtet und löst
jetzt die türkische Küste von den Dardanellen bis
zum Tschalgi; es hat 20 Schiffe mit Proviant
und Munition aufgebracht. Die türkische Flotte
hat noch nicht die Dardanellen verlassen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser verläßt Sonnabend Abend um
9 Uhr Schiffs und begibt sich nach Berlin zu-
rück. — **Herzog Friedrich von Anhalt**,
welcher am 2. d. Mts. in aller Stille sein
fünfzigjähriges militärisches Dienstjubiläum
feierte, hat aus Anlaß dieser Feier das Staats-
ministerium ermächtigt, solchen zu Freiheits-
preisen verurteilten Personen, welche sich aus
Unselbstständigkeit oder Unvorsichtigkeit oder in Folge
von Verführung zu einer Verurteilung wider das
Strafgesetz haben verleiten lassen, in den dazu
geeigneten Fällen Aussetzung der Strafvoll-
streckung unter Vorbehalt jederzeitigen Wiber-
tritts zu bewilligen und später, nach Ablauf einer
angemessenen Probezeit, bei guter Führung der
verurteilten Person wegen Grusses oder
Milderung der Strafe an ihn, den Herzog, Ver-
zicht zu erlassen. Von dieser Ermächtigung soll
jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher er-
stmalig verurteilten Personen Gebrauch gemacht
werden, welche zur Zeit der Tat das achtzehnte
Lebensjahr nicht vollendet hatten und gegen
welche nicht auf eine längere als sechsmonatige
Strafe erkannt worden ist. — Am 1. Mai d. J.
feiert der General-Lieutenant **J. D. Fried-
rich Freiherr von Wangenheim** den Tag,
an dem er vor 50 Jahren in die preussische
Armee eintrat. Der General, der im 70.
Lebensjahre steht, trat beim Alexander-Regiment
ein. — Im siebenundsechzigsten Lebensjahre ist
in Folge einer Verwundung **Professor Dr.
Andolf Vollmann**, einer der ältesten und
tätigsten Berliner Pädagogen, gestorben. —
Die im April 1895 eingestellten und bis Ende
März d. J. an Bord S. M. S. „Wolke“ aus-
gebildeten **400 Schiffsjungen** sind zu Matro-
sen befördert und nach vierwöchigem Urlaub zu-
nächst der 1. bzw. 2. Matrosendivision in Kiel
und Wilhelmshafen überwiesen. Nach erfolgter
Bereidung werden die jungen Matrosen den
Seebataillonen zur infanteristischen Ausbildung
für 6 Monate zugeteilt. — Die **Zulassung
von Frauen zur städtischen Armenpflege** hat die
Landesdirektion in Charlottenburg abgelehnt. —
Die **Hamburger Sozialdemokraten** haben be-
schlossen, am 1. Mai den Festzug, der
mehrere Tage nicht stattfand, wieder abzuhalten.
Außerdem werden am 1. Mai neunzehn sozial-
demokratische Versammlungen gleichzeitig statt-
finden. 25 000 sozialdemokratische Flugblätter
werden verteilt. — Gestern traf im Vorort
des Schiffbaukomitees für Herstellung der
**deutschen Nationalfeststätte im Kyffhäuser-
gebirge**, in Nordhausen, die Mitteilung ein,
daß die schwarzburg-rudolstädtsche Regierung,
zu deren Bereiche die fragliche Dörferchaft gehört,
dem Berliner Zentralkomitee gegenüber ihre Ge-
nehmigung verweigert hat, da sie den herrlichen
Wald vom Kyffhäuserdenkmal auf das gegenüber-
liegende prächtige Wald- und Bergpanorama
nicht zerhacken lassen will. Die Bürgerliste, auf
welcher sich außer den Ruinen jetzt das Kaiser-
denkmal erhebt, ist Privatbesitzthum des Fürsten;
so daß nur dieser dort die Genehmigung erteilen

konnte. Das übrige Gebirge aber ist schwarz-
burg-rudolstädtscher Staatsbesitz. — Die Ver-
sagung der Genehmigung ist, schreibt hierzu das
„B. L.“, wohl nur von der landesväterlichen
Fest- und Vorsorge diktiert, daß bei häufigem
Zusammenströmen der deutschen Völkerkräfte
auf dem Nationalfestplatz mit der Zeit das
ganze Schwarzburg-Rudolstadt von den Festheil-
nehmern „abgetreten“ an den Stiefelschuh außer
Landes getragen werden könnte.

Deutschland.

Berlin, 30. April. Dem Abgeordneten-
haus ist auf Grund der Gesetze von 1895 und
1896 über die Beteiligung des Staates an dem
Bau von Privatbahnen und von Klein-
bahnen eine Nachweisung zugegangen. Nach der
Zusammenstellung belaufen sich die bis zum
Schlusse des Etatsjahres 1896—97 bewilligten
Staatsbeiträge für Kleinbahnen zusammen auf
3 050 563 Mark, die bis dahin nur in Aussicht
gestellten Staatsbeiträge zusammen auf 5 563 750
Mark; in 12 Fällen liegen noch Anträge auf
Gewährung von Staatsbeiträgen in zahlenmäßig
bestimmter Höhe, nämlich im Gesamtbetrage von
5 562 000 Mark vor, so daß sich die bewilligten,
in Aussicht gestellten und in zahlenmäßig be-
stimmter Höhe beantragten Staatsbeiträge zu-
sammen auf 14 176 313 Mark belaufen. Da der
Fonds zur Förderung des Baues von Klein-
bahnen aber nur (5 000 000 + 8 000 000)
13 000 000 Mark beträgt, so würde, falls die
Bewilligung der in Aussicht gestellten sowie der
in zahlenmäßig bestimmter Höhe beantragten
Staatsbeiträge demnach ebenfalls für angezeigt
erachtet werden sollte, sich ein Fehlbetrag von
1 176 313 Mark ergeben. Durch die bereits er-
folgte Bewilligung von Staatsbeiträgen ist das
Zustandekommen von 476 Kilometer Kleinbahnen
gesichert worden, mithin entfallen auf je ein Kilo-
meter im Durchschnitt 6400 Mark Staatsbeiträge.
Außer den erwähnten Anträgen liegen Anträge
auf Staatsbeiträge vor oder stehen noch zu er-
warten in nicht weniger als 28 Fällen; letztere
sind aber noch nicht so weit vorbereitet, daß die
Höhe der etwa in Frage kommenden Staats-
beiträge sich übersehen ließe. Die nach dem
Neuentscheidungsbericht vom 22. April d. J. dem
Kreise zugewiesene Aufgabe der Bewilligung
einer Staatsbeiträge von 425 000 Mark für den
Bau einer Kleinbahn von Döbberitz nach Babels-
berg und Steinheim ist zurückgezogen worden, da das
Unternehmen nicht zur Ausführung kommt. Ab-
gelehnt sind folgende Anträge auf Gewährung
von Staatsbeiträgen: 1. Der Antrag des Kreis-
Vereins, Döbberitz-Pommern, auf Gewährung
einer Beihilfe behufs Entlastung in seinen Auf-
wendungen für den Bau der Kleinbahn von
Babelsberg bis zur Grenze der Kreis-Grenze
und Magera bei Meeßow mit Abzweigung nach
Sallmow, da für Bahnen, welche wie diese sich
bereits im Betriebe befinden, die nachträgliche
Gewährung von Staatsbeiträgen grundsätzlich
und zur Vermeidung andererseits schwer abzu-
weichender Verurteilungen abgelehnt werden muß.
2. Der Antrag des Kreis-Vereins Drumburg auf Ge-
währung einer Beihilfe behufs Entlastung in
seinen Aufwendungen für den Bau der Klein-
bahnstrecke Jangow—Jannow (Unternehmen:
Kreuzenburger Eisenbahn-Gesellschaft) mit
Hinsicht auf die geringfügigkeit seiner Leistung
für das Gesamtunternehmen dieser Gesellschaft,
zumal der Leistung des Kreises, soweit sie nicht
in freier Hergabe d. s. erforderlichen Grund und
Boden, d. h. nur in der Übernahme von
Stammaktien besteht, noch die von einem Dritten
eingegangene Bürgschaft für Verzinsung des Be-
trages der übernommenen Stammaktien zu 2 1/2
Prozent gegenübersteht. 3. Der Antrag der
Plettenberger Eisenbahngesellschaft zu Pletten-
berg, Provinz Westfalen, auf Gewährung einer
Beihilfe für den Bau der Straßenbahn von der
Stadt nach dem Bahnhof Plettenberg wegen
mangelnden Bedürfnisses.

— Im Abgeordnetenhaus ist folgender An-
trag zur zweiten Beratung des Statutensatzes von
dem Abg. Sybel (natl.) und Genoffin einge-
bracht worden: Die Staatsregierung aufzufordern,
in den Etat für das Jahr 1898—99 diejenigen
Geldbeträge einzuführen, die erforderlich sind zur
Errichtung und Unterhaltung einer meteorologi-
schen Station 1. Ordnung auf der Schneekoppe
im Riesengebirge.

— Mit den Beschlüssen des Reichstages in
Sachen des Jesuitengesetzes hat sich der Bundes-
rath beschäftigt. Er hat die Anträge, das ganze
Gesetz oder wenigstens § 2 aufzuheben, wonach
ausländische Jesuiten ausgewiesen und infanti-
dischen Aufenthaltseinschränkungen ausgesetzt wer-
den können, dem zuständigen Ausschusse über-
wiesen. Die „Nat.-Lib. Korr.“ hat unlängst be-
richtet, wie, unter dem offensichtlich böswilligen
der erzbischöflichen Bevörde in Bogen, in Zule
und Schwerin a. d. Wartje polnische Jesuiten
aus Krakau Millionen abgezogen haben und
ausgewiesen worden sind, nachdem mit vieler
Mühe erst die Behörden feststellen konnten, mit
welchen Persönlichkeiten sie zu thun hatten. Der
Protest Dönitz in Zule hatte sie bei sich beher-
bergt und der Polizei die vorgeschriebene Mel-
dung verweigert; er war deswegen von der
Polizei in Strafe genommen und von dem
Schöffengericht in Birnbaum, weil er gegen die
Polizeistraf-Bestimmung eingeleitet hatte, verur-
teilt worden. Gegen dieses Urteil des
Schöffengerichts hatte er Berufung eingelegt.
Die der Korrespondenz aus Bogen geschrieben
wird, hat er nun die Berufung zurückgezogen
und die Strafe und die Gerichtskosten bezahlt,
in Aussicht darauf, daß bei der neuen gericht-
lichen Verhandlung aufs neue hätte festgestellt
werden müssen, wie offensichtlich die geistliche
Oberbehörde in Bogen dem Gesetze mit Hilfe
des niederen Klerus eine „Rase“ gebricht hat.
Die „Nat.-Lib. Korr.“ giebt, der Erwartung Ausdruck,
daß der zuständige Bundesrathsausschuß sich an
dem Hand dieses neuen Falles, über den genaue
aktuelle Nachweise vorliegen, überzeugen, ob
es angezeigt ist, dem Klerikalismus unter solchen
Umständen die vom Reichstag geforderten Zug-
stände zu machen.

— Ueber die Verhandlungen des Vorstandes
der hannoverschen national-liberalen Partei, welche
am Sonntag in Hannover stattgefunden haben
zum Zweck, Stellung zum Bunde der Land-
wirthe zu nehmen, wird der „Wes.-Ztg.“ von
dort geschrieben, daß einige der angeführten
Führer entschieden Bedenken dagegen haben, sich

mit dem Bunde auf der von diesem verlangten
Grundlage zu einigen. Am 30. d. wird der Vor-
stand des Bundes, an dessen Spitze der Lan-
tagsabgeordnete Schoof steht, mit dem Vorstan-
de der hannoverschen national-liberalen Partei zu-
sammenkommen, um thünlichst eine Verständigung
für die gegenseitige Vertretung bei den nächstjäh-
rigen Wahlen herbeizuführen.

— Herr Dr. Karl Peters hat den „Leipziger
Neuesten Nachrichten“ eine Zuschrift gesendet, in
der er in Bezug auf die „nimmere bestehende
Anklage, seinen Diener willkürlich aufgehängt zu
haben“, zu seinen Gunsten anführt, daß dieser
bewaffnet in sein Magazin eingedrungen sei und
gedroht habe, ihn und die Weiber zu erschlagen,
wenn sie Räum machten. Danach ist es also für
ihn bei dem „kriegsgerichtlichen“ Urtheil sehr ins
Gewicht gefallen, daß der Diener bewaffnet war.
„Vor Tische las man's anders.“ In der Ver-
handlung vor der Disziplinarkammer hat Dr.
Peters erklärt, daß für ihn das Mitführen der
Waffe bei dem Urtheil gar kein erhebender
Umfand war, da Mord, wie alle Verbrechen auf
der Station, mehr oder weniger immer bewaffnet
waren.

— Der Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein,
der, wie gemeldet, demnächst in den Ruhestand
tritt, war, bevor er zum höchsten deutschen
Gerichtshof kam, im bayerischen Justizdienst
thätig, und zwar zuletzt als Rechtsanwält beim
Bezirksgericht München links der Isar. Bei
Errichtung des Reichsgerichts am 1. Oktober
1879 wurde er Reichsanwalt. Zehn Jahre
später übernahm er eine Kathedrale beim
Reichsgericht. Er gehört dem 3. Strafsenat an.
Reichsgerichtsrath Stenglein hat sich als Schrift-
steller auf dem Gebiete des Strafrechts und
Strafprozesses einen Namen gemacht. Er ist
einer der Herausgeber der weidverbreiteten
„Deutsch. Jur.-Ztg.“ und hat den Vorhoff'schen
Kommentar zum Strafgesetzbuch in den letzten
Aufgaben bearbeitet. Auch bei den Verhand-
lungen auf den Juristentagen ist Dr. Stenglein
vielfach hervorgetreten. Für den nächsten
Juristentag hat er das eine der Gutachten über
den Dolus eventualis ausgearbeitet. Reichs-
gerichtsrath Stenglein ist auch auf humanitären
Gebieten thätig. Er ist u. A. Vorsitzender des
Leipziger Sittlichkeitsvereins.

— Daß in einer Zeit, wo in allen Zweigen
des Staatsdienstes Ueberfüllung herrscht und
allgemein über den starken Andrang zu den ge-
lehrten Studien geklagt wird, der preussische
Minister für Handel und Gewerbe durch Zei-
tungsanzeigen Beamte zu gewinnen sucht, ist
ein etwas auffallendes Ereigniß. Am 1.
Oktober sollen einige Baugewerkschulen eröffnet
und in anderen schon bestehenden neue Lehr-
stellen besetzt werden, und da fehlt es an ge-
eigneten Personen. Der Minister für Handel und
Gewerbe fordert Architekten und Bauingenieure
zur Bewerbung auf, die in Baufunktions-
und Baumatériaulehre, Baubau, Entwurfen,
Formenlehre und Freigandzeichnen oder in
Mathematik, darstellender Geometrie, Statik,
Festigkeitslehre, Feldmessung und Naturlehre
unterrichten können. Die Beamten müssen
„volle Hochschulbildung“ und praktische Er-
fahrungen im Baufache besitzen; der Nachweis,
daß sie eine Prüfung bestanden haben, wird nicht
verlangt. Solche Bewerber, die bereits aus-
reichende Lehrerschaft besitzen, können sofort
als Staatsbeamte mit dem Gehalte eines Bau-
inspektors angestellt werden, andere Bewerber
erst nach zwei Jahren, doch erhalten auch
diese eine Jahresvergütung von mindestens
3600 Mark, dem Anfangsgehalte der Bau-
inspektoren und definitiv angestellten Gewerkschul-
lehrer.

— Zu den kirchlichen Wahlen schreibt die
„Prot. Ver.-Korr.“:

Die preussische Kirchenverfassung schreibt alle
drei Jahre Wahlen vor, die zunächst nichts we-
ter bedeuten als die Erneuerung der Päfte der
Gemeindekörper der einzelnen Pfarodie, und
die doch entscheidend sind für das Aussehen
der Synoden bis zur Generalversammlung hinaus, weil
die Gemeindeglieder Wahlkörper für die Kreis-
synoden, diese für die Provinzsynoden u. s. w.
sind. Das Neuwahlgesetz ist sehr einfach, und
doch muß man es immer wieder vorrechnen, weil
sich die meisten der Wahlzettel nicht verzeichnen
lassen. Wählt in einem Kreise nur die Minder-
heit der Gemeinden liberal, so wählt auch nur
die Minderheit der Gemeindeglieder dieses
Kreises liberale Abgeordnete zur Kreisynode, und
diese ist in ihrer Mehrheit positiv. Hat die
größere Zahl von Kreisynoden einer Provinz
eine positive Mehrheit, so ist natürlich auch die
Mehrheit der Abgeordneten zur Provinzsynode
positiv, und diese wählt dann ausschließlich po-
sitive Abgeordnete zur Generalynode. Wiederholt
sich das in allen Provinzen, so ist auf der Ge-
neralynode die im Lande zerstreute liberale Mi-
norchheit überhaupt nicht mehr vertreten. Es ist
das der gegenwärtige Zustand von der Einfüh-
rung der Kirchenverfassung an, und diesem Zu-
stand verfallen wir eine Reihe von Jahren
gelegen, die neben diesem Gutten im Einzelnen
auch den streng positiven Standpunkt zum Aus-
druck bringen und kirchlich liberale Ansichten
vielfach verewaltigen. Noch mehr verdrängen
wir der Vermittlung der oberen Synoden einen
Druck auf das Kirchenregiment und seine Verwal-
tung, dem sich die Konfessionen willig hingeben,
während sich ihm der Oberkirchenrath, der denn
doch die Augen gegen den Terrorismus der Rich-
ten nicht verschließen kann, nur mühsam entzieht.
Es liegt im Interesse der herrschenden Mehrheit,
den vorhandenen Thatsachend in dem Punkte zu
lassen, das in den meisten Gemeinden darüber
gebreitet ist. Von liberaler Seite kann nur un-
aufhörlich versucht werden, dieses Dunkel zu
heben und jedem einzelnen Wähler zum Bewußt-
sein zu bringen: der Mann, den du wählst, ist
nicht bloß ein Vertreter deiner Gemeinde, sondern
auch ein Wähler für die nächste Synode, und ob
du zur Wahl gehst oder nicht, das ist nicht bloß
von Bedeutung für das Aussehen deiner Ge-
meindekörperschaft, sondern auch für den Ein-
fluß der Ueberzeugung, die du in kirchlichen Din-
gen vertrittst. An der Wahl theilnehmen, aber
nach dem kirchlichen Standpunkt des zu Wählenden
nicht fragen, ist kurzfristig; an der Wahl
aber nicht theilnehmen und dann über das Ge-
bahnen einer Synode sich entziehen, ist kindisch.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. April. Die deutschfortschrittliche
Partei hat nach mehrstündiger Beratung be-

schlossen, den Kampf gegen das Ministerium mit
allen parlamentarischen Mitteln, demnach auch
mit der Obstruktion, fortzusetzen; die deutsche
Volkspartei schließt sich diesem Vorgehen an.

Zur Petersburger Kaiserreise meldet die „R.
Fr. Pr.“, gerade darin erblicke man in diploma-
tischen Kreisen die große praktische Bedeutung der
Petersburger Begegnung und der Aeußerungen
beider Kaiser, daß die volle Solidarität zwischen
Oesterreich-Ungarn und Rußland in der Richtung
und wird, daß diese beiden Reiche ein Aufrollen
der orientalischen Frage auf einzelnen Gebieten
nicht gestatten und dulden wollen, und daß die
beiden Reiche ihrem gemeinsamen Willen auch
Geltung zu verschaffen wissen würden. Endlich
erblicke man in den Petersburger Friedenskon-
ferenzen den Ausdruck des Wunsches, daß auch
in der künftigen Entwicklung der orientalischen
Frage mögliche Uebereinstimmung zwischen
Oesterreich-Ungarn und Rußland herrsche und
Anlaß zu Zusammenstößen aus dem Wege ge-
räumt werde.

Belgien.

In der gestrigen Kammerführung brachte der
bekannte kirchlich-demokratische Abgeordnete für
Alost, Pastor Daens, einen Gesetzentwurf ein,
der die Einführung der allgemeinen Schulpflicht
bezweckt. Der Entwurf soll sich vom 6. bis 14.
Lebensjahre erstrecken. Unterricht in einer andern
als der Sprache des Landestheils soll erst in
den beiden letzten Schulklassen stattfinden. Diese
Bestimmung ist von besonderer Bedeutung für
die flämischen Landestheile, und in dieser Hin-
sicht stimmt der Antragsteller mit den Forde-
rungen überein, die vor einigen Jahren ein
hervorragender liberaler Streiter, Max Noels
aus Antwerpen, auf und nach einem nieder-
ländischen Kongreß mit Nachdruck vertreten hat.
Ferner sollen zur Durchführung des Schulzwanges
die Eltern, deren Kinder keine Schule besuchen
oder während mehr als 10 Tage in einem
Monat fehlen, vom Friedensrichter eine Ermahn-
ung erhalten, um im zweiten Falle zu 5 Franken
Geldstrafe und im Wiederholungsfall zu 1—3
Tagen Haft verurteilt zu werden. Herr Daens
wird bei der liberalen Partei, insbesondere bei
seinem Mitvertreter für Alost, dem für Stillstand
thätigen Woske, der auch kein Flamingant ist,
auf heftigen Widerstand stoßen. Es ist sehr zu
bedauern, daß kein Antrag auf die lange Zeit
gehabten wird, zumal die Sozialisten und
Liberalen für die Schulpflicht eintreten, weshalb
sie den Antiklerikalen verwerflich erscheint. Die
Sozialisten wollen die Schulpflicht übrigens mit
der sogenannten Schulpflicht verbinden. Der
Antrag des Herrn Daens ist zwar nicht der
erste, der die Schulpflicht einführen will, das
fortschrittliche Betreiben des geistlichen Herrn
verdient jedoch die volle Anerkennung.

Frankreich.

Paris, 29. April. Mit einem geheimen
Branen wenden sich die Geister hier den Dingen
an; sie rufen in ihnen die Erinnerung an den
4. September 1870 wach, die Niederlage
von Sedan, das Ausreten der Aboloten, den
Sturz der Dynastie. Der vorläufige Sündenbock
ist schon da, der griechische Kronprinz; der
Abolot Halli drängt sich in den Vordergrund,
es bleibt noch die Vertreibung der Dynastie
übrig, der letzte Fehler, wie der „Figaro“ ha-
ausdrückt, den die Griechen begehen können. Wie
1870 stellt der Volksgest die Verhältnisse auf
den Kopf; gleich Napoleon III. wird König
Georg für die Niederlage verantwortlich gemacht,
und doch bezieht hier wie dort das Vergehen
nicht in der Niederlage — sie war unvermeidlich
—, sondern in der Schwäche, mit der beide dem
Volksgeste nachgaben und den Krieg herbei-
führten. Für König Georg vielleicht wird die
Geschichte noch strenger sein als für Napoleon;
als geborener Germane hätte er dem verworrenen
Angebot seiner ihm aus 34jähriger Erfahrung
bekannten Unterthanen ein größeres Maß von
starblichkeit entgegenstellen sollen, als alle die
verjüngungsvolle Leugnung „Nach der thessalischen
Grenze“ antworten. Damals, als er sich gleich-
sam an die Spitze der Kriegspartei stellte, spielte
er va banque mit seiner Dynastie; was heute
geschieht, war vorauszu sehen.

Paris, 29. April. Heute, so erinnert der
„Matin“, beging das Ministerium Meine seinen
ersten Geburtstag. Ein Jahr Lebensdauer ist
für ein französisches Ministerium eine lange Zeit,
und gerade dem jetzigen Kabinet hätte sie wohl
Niemand vorausgesagt. An Verjüngung, es zu be-
festigen, hat es denn auch nicht gefehlt: Seit
dem 30. April 1896 hatten die Minister auf 53
Interpellationen und 20 Anfragen zu antworten.
Da nun unter dem Ministerium Meine die stam-
men 131 Sektionen abgehalten hat, so ist das
Kabinet durchgängig fast drei Mal wöchentlich
interpelliert worden. Die jetzige Kammer, die am
14. September 1893 zusammentrat, hat 219
Interpellationen und 89 Anfragen zu erledigen
gehabt, und dies alles in 469 Sitzungen.

Italien.

Gestern Mittag wurde im Arsenal zu
Venedig in Gegenwart des Prinzen und der
Prinzessin von Neapel, des Marineministers
Brin, des Unterrichtsministers Giannuccio, der
Episoden der Behörden und einer großen Zu-
sammensetzung das Schlachtschiff erster Klasse
„Saint Bon“ vom Stapel gelassen. Den Tauf-
akt vollzog Prinzessin Clelia, die Gemahlin des
Kronprinzen, welche einen goldenen Ring, in dem
der Name des Schiffes, sowie das Datum des
Stapellaufs eingraviert war, an einem vom
Steben herabhängenden Bande befestigte, worauf
der Patriarch von Venedig den Segen über das
Schiff sprach. Der Stapellauf verlief ohne jeden
Unfall unter großem Jubel der Volksmenge.

England.

London, 28. April. Zu den Nachrichten
über die Entsendung dreier Feldbatterien nach
dem Kap wird die fider stark übertriebene
Mittheilung gemacht, daß seit 10 Tagen eine
Remonte-Kommission unterwegs sei, um in
Argentinien 17 000 Pferde für militärische Ver-
wendung in Südafrika anzukaufen, die mit be-
sondern Dampfer in verschiedenen Reihen hin-
geführt werden sollen. Nächtiger wäre wohl
die Zahl 1700. Gegenwärtig sind in Südafrika
6 1/2 Bataillone Infanterie, zwei Kavallerie-
Regimenter; in ruhigen Zeiten beträgt die
Garnison 3 1/2 Bataillone und ein Regiment
Kavallerie.

Rußland.

Petersburg, 29. April. Der Minister des
Auswärtigen Graf Murawiew und der öster-
reichisch-ungarische Minister des Auswärtigen
Graf von Goluchowski hatten heute Vormittag
eine längere Besprechung; später wurde Murawiew
vom Kaiser Nikolaus empfangen. Nach-
mittags hatten die beiden Minister nochmals
eine längere Besprechung. Die Abreise des
Kaisers Franz Josef erfolgte Abends 10 Uhr
vom Nikolaibahnhofe.

Rumänien.

Bukarest, 29. April. Die „Agence Rou-
maine“ meldet: Die kaiserlich russische Regierung
hat durch ihren Gesandten in Bukarest heute der
rumänischen Regierung die folgende Mittheilung
gemacht: Bei Gelegenheit des Besuchs, den der
Kaiser Franz Josef dem Kaiser Nikolaus II. ab-
gestattet hat, haben die beiden Monarchen mit
Vergnügen anerkannt, wie sehr die Haltung der
rumänischen Regierung bei dem griechisch-türkischen
Streite korrekt und besonnen geblieben ist. Diese
Haltung wird von den beiden Monarchen umso-
mehr geschätzt, als sie ihrem festen Willen ent-
spricht, über die Aufrechterhaltung des allgemeinen
Friedens und die Festigung der Prinzipien der
Ordnung und des Rechtes — die wesentliche
Grundlage der friedlichen Entwicklung der Wohlfahrt
der Nationen — zu wachen.

Amerika.

Rio de Janeiro, 29. April. Heute lief
das italienische Kriegsschiff in den hiesigen Hafen
ein. Der Empfang desselben gestaltete sich
äußerst glänzend. Abends wird die Stadt prächtig
beleuchtet. Die Feiertage werden bis zum
15. Mai währen.

Arbeiterbewegung.

Trantenan, 29. April. Neuerdings streiken
Arbeiter der Jagdschinnerei von Gebrüder Borat
in Kleinmadowitz sowie diejenigen der Zute-
spinnerei Morawetz u. Oberländer in Eipel.
Man hofft, daß der Streik in einigen Tagen
beendet sein wird. Wie verlautet, hat der sozial-
demokratische Reichsrathsabgeordnete Kriewer
die Ausständigen zu vierzehntägigem Ausmarsch
aufgefordert und ihnen Unterstützungen aus
Streikfonds versprochen.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 30. April.** Die feierliche Er-
öffnung der neuen Postdampfer-
linie Berlin—Stockholm bezug.
Sagvik—Trelleborg fand gestern in
Anwesenheit des deutschen Kriegsschiffes
„Gefion“ nach Einholung der schwedischen
Gäste in Gegenwart vieler hervorragender Per-
sönlichkeiten in Sagvik statt. Wir bemerkten
unter Anderen: deutschseits die Herren Minister
Zielsen, Schönfeldt, von Goltz, Preisel und
deren Räte, den deutschen Gesandten in Stock-
holm, Herrn Ober-Präsident von Puttkamer, die
Regierungs-Präsidenten von Arnim, von Sommer-
feldt, den Präsidenten der königlichen Eisenbahn-
Direktion Stettin und zugehörige Räte, Herrn
Geheimrath von Pannewitz, Vertreter des Reichs-
Postamts, der Ober-Postdirektion, der Stettiner
Dampfschiff-Gesellschaft J. F. Braemlich; schwed-
seits die Herren Minister Graf Douglas,
Freiherr von Essen, von Krusenstjerna, Werfäll,
Christerson, Annerstedt, Wisblad und deren
Räte, den schwedischen Gesandten von Lager-
gren, die Präsidenten der schwedischen Staats-
bahnen, des General-Postamts, der Regierung
und deren Räte, sowie Vertreter der schwedischen
Athenerei Roderi Aktiobolaget Sverige-Conti-
nentalen. Mit großem Interesse nahmen die
Herren die beinahe vollendeten Dampfbahnen
und Dampfschiffe in Augenschein, welche nun-
mehr dem Betriebe übergeben worden, sind und
begaben sich mit dem Zuge über die Hafenbahn
nach Station Gramp—Sagvik. Es folgte ein
Diner im Hotel Küster in Sagvik zu 90 Ge-
decken und 7 Uhr Abends eine Festschiffahrt auf dem
Meere mit dem von der Stettiner Dampfschiff-
Gesellschaft J. F. Braemlich gestellten Salon-
Schiffdampfer „Trela“ über Stadenbammer
hinaus. Einen imposanten Anblick gewährten
hier die von der Höhe der Kreidklippen herab-
schwebenden brennenden Holzboje und Masten.
Bei Mitternacht nach Sagvik begab sich die Ge-
sellschaft unter Fackelbeleuchtung zu Wagen nach
dem Schloß Dönschen des Herrn Geheimen
Kommerzienraths von Pannewitz, daselbst von
dem Gastgeber empfangen und konnte sich nach
wenigen Stunden all der Herrlichkeiten dieses
stolzen Besitzthums erfreuen. Vom Meere her
an erglänzte plötzlich ein Brillant-Feuerwerk,
welches die Stettiner Dampfschiff-Gesellschaft
J. F. Braemlich von ihren vor Dönschen
ankerkenden Dampfern aus veranstaltete. Am
30. April, 8.30 früh, begaben sich die geladenen
Gäste der Einladung der schwedischen Behörden
zufolge nach Trelleborg und via Lund nach Mal-
mö, überall auf schwedischem Boden auf's
freudigste begrüßt und bewirtet. Die Rück-
kehr der Deutschen erfolgt mit der ersten regel-
mäßigen Fahrt von Trelleborg am 1. Mai, 10.30
Vormittags. Die Fahrten von Deutschland nach
Schweden beginnen nun programmäßig vom
1. Mai ab täglich von Sagvik im Anschluß an
den Durchgangszug 7.10 Abends von Berlin. Auf
der deutschen, wie auch auf der schwedischen
Strade werden Durchgangszüge mit Restaurations-
wagen eingestellt, welche die 25 Stunden dauernde
Fahrt Berlin-Stockholm — bei nur 3 1/2 Stunden
Seefahrt — zu einer äußerst angenehmen ge-
stalten. Anlaßlich der Jubiläums-Feier in
Stockholm haben übrigens die Herren Minister
die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Rück-
fahrkarten von 15 auf 30 Tage genehmigt. Fahr-
pläne, auch für Nordlandfahrten, werden durch
die Stettiner Dampfschiff-Gesellschaft J. F.
Braemlich, Stettin, gratis und franko verlan-
det. * Gestern wurde hier eine außerordentliche
Versammlung der National-Hypotheken-
Kredit-Gesellschaft abgehalten. Gegen-
stand der außerordentlichen General-Versam-
mlung war die Regelung der bekannten Ange-
legenheit des Direktors von Ullmannthal
und ein Antrag auf Widerruf der Beschlüsse
des Aufsichtsraths. Die Versammlung wurde
durch den Vorsitzenden des Aufsichtsraths

